

Beschlußempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
(13. Ausschuß)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Petra Bläss, Dr. Heidi Knake-Werner,
Heidemarie Lüth, weiterer Abgeordneter und der Gruppe der PDS
– Drucksache 13/4100 –**

Beobachterstatus des Vatikan bei den Vereinten Nationen

A. Problem

Die Antragsteller weisen darauf hin, daß der Vatikan in den letzten Jahren vielfältige Aktivitäten unternommen habe, um in den Bereichen Bevölkerungspolitik, Familienplanung und Frauenrechte progressive Entwicklungen auf internationaler Ebene zu verhindern oder zu stoppen. Mit dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, in der Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Resolution einzubringen, mit der die auf einem Beobachterstatus beruhenden Mitwirkungsrechte des Heiligen Stuhls innerhalb der Vereinten Nationen künftig auf die ihn direkt betreffenden Angelegenheiten zurückgeführt werden sollen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Annahme des Antrages.

D. Kosten

Eine Kostenabschätzung wurde nicht vorgenommen.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 13/4100 – abzulehnen.

Bonn, den 3. Dezember 1996

Der Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**Dr. Edith Niehuis**

Vorsitzende

Christel Hanewinkel

Berichterstatterin

Rita Griebhaber

Berichterstatterin

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Berichterstatterin

Heidemarie Lüth

Berichterstatterin

Erika Reinhardt

Berichterstatterin

**Bericht der Abgeordneten Christel Hanewinckel, Rita Griebhaber,
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Heidemarie Lüth und Erika Reinhardt****I.**

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 98. Sitzung am 18. April 1996 den Antrag – Drucksache 13/4100 – dem Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur federführenden Beratung und dem Auswärtigen Ausschuß zur Mitberatung überwiesen.

Der Auswärtige Ausschuß hat in seiner 43. Sitzung am 26. Juni 1996 mit der Mehrheit der Stimmen aller Fraktionen gegen die Stimmen der Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der federführende Ausschuß hat den Antrag in seiner 45. Sitzung am 4. Dezember 1996 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P. sowie einer Stimme aus der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS bei Enthaltung einzelner Mitglieder der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, den Antrag abzulehnen.

II.

Mit dem Antrag fordert die Gruppe der PDS in die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Resolution einzubringen, mit der die auf dem Beobachterstatus beruhenden Mitwirkungsrechte des Heiligen Stuhls innerhalb der Vereinten Nationen künftig auf die ihn direkt betreffenden Angelegenheiten zurückgeführt werden sollen. Bei allen internationalen Aktivitäten der Vereinten Nationen, die sich explizit mit dem Geschlechterverhältnis befassen, sollten dem Heiligen Stuhl wegen der durch ihn praktizierten Geschlechterapartheid solche Mitwirkungsrechte verweigert werden.

III.

Die Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P. erklärten, daß sie es grundsätzlich ablehnten, den Status von Beobachtern in den Vereinten Nationen mit der Absicht einzuschränken, bestimmte Meinungen zu unterbinden. Dies sei nicht nur ein unangemessenes, sondern auch untaugliches Mittel für politische Auseinandersetzungen. Deshalb lehnten sie den Antrag ab.

Die Mitglieder der Fraktion der SPD betonten, daß der Antrag keine Beschränkung der Rechte des Vatikans bedeute, sondern lediglich verlange, den ursprünglichen Beobachterstatus wieder herzustellen. Auf den Weltkonferenzen von Rio, Kairo und Peking habe der Vatikan Aktivitäten unternommen, die nichts mit einem Beobachterstatus zu tun hätten.

Die Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bemerkten, daß es sich hier um ein komplexes Problem handele. Auch wenn die Äußerungen des Vatikans den Mitgliedern der Fraktion mißfielen, sei eine Änderung des Rechtsstatus des Vatikans nicht durchführbar. Zu berücksichtigen sei auch, daß die Bereiche den Vatikan durchaus berührten.

Die Mitglieder der Gruppe der PDS unterstrichen ihre Forderung, die Mitwirkungsrechte des Heiligen Stuhls auf die eines Beobachters zurückzuführen. Auf der Weltfrauenkonferenz in Peking, der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo und dem Umweltgipfel in Rio hätten die Vertreter des Vatikans in Bereichen Einfluß genommen, in denen der Heilige Stuhl nicht direkt betroffen sei.

Bonn, den 10. Dezember 1996

Christel Hanewinckel

Berichterstatte

Rita Griebhaber

Berichterstatte

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Berichterstatte

Heidemarie Lüth

Berichterstatte

Erika Reinhardt

Berichterstatte

